

# Lausitzer Zeitung

f ü r

Tagesgeschichte und Unterhaltung

n e b s t

## Görlitzer Nachrichten.

Vierteljährlicher  
Abonnements-Preis:  
für Görlitz 12 sgr. 6 pf.,  
innerhalb des ganzen Preussischen  
Staats incl. Porto-Ausschlag  
15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal,  
Dinstag, Donnerstag und  
Sonntabend.  
Insertions-Gebühren  
für den Raum einer Petit-Zeil  
6 pf.

Redaction: G. C. Biegler.

Görlitz, Dinstag den 26. Februar 1850.

Verlag von G. Heinze & Comp.

### Oesterreich und der neue deutsche Bundesstaat.

Während am Ende des Jahres 1848 das, was man damals Deutschland nannte, nichts als ein Chaos, eine fast ordnungslose Masse, war, in welchem die feindlichen Gegensätze noch ungeschieden zusammenlagen und die bildende Kraft der Völker durch die fliegende Hitze eines plötzlichen Enthusiasmus nicht zur ruhigen Ausbildung ihres politischen Bewußtseins gelangen konnte, hat sich in dem darauf folgenden Jahre der Reaction das Nicht-zusammengehörige gesondert, und der leidenschaftliche Drang nach Einheit ist zu einem verständigeren Erkennen der Grenzen gediehen, innerhalb deren die Vereinigung hervorzubringen ist, sowie durch eine reifere Wahl der Mittel, durch welche sich diese Einheit erreichen zu können hoffen läßt, in einen geregelteren Fortschritt umgewandelt worden. Dennoch bietet der Boden des alten Germanien mit den fremden (meist slawischen) Landschaften, welche an ihn gebunden sind, gegenwärtig einen Anblick dar, der bis jetzt in der deutschen Geschichte noch nicht dagewesen, daß sich nämlich auf einem Ländergebiete, welches durch historische Ueberlieferungen als eine Einheit betrachtet werden kann, zwei Staatsgebilde entwickeln, welche gerade die entgegengesetzten Formen und Bedingungen für ihr inneres Leben zeigen, der neue Bundesstaat und das Kaiserthum Oesterreich. — Im Gebiete des Bundesstaates, zu dem wir für diese Betrachtung Sachsen, Hannover und Württemberg vorläufig zurechnen dürfen, sehen wir eine Menge von größeren und kleineren Einheiten mit souveränen, zum Theil alten Regentenhäusern, an Selbstständigkeit gewöhnt, bis jetzt durch sehr verschiedenartige Staatseinrichtungen von einander getrennt und über diesem Bewußtsein der Besonderheit überall der lebhafteste Wunsch nach einer höheren Einheit, ein sehr energisches (thätkräftiges) Streben, das Eigene und Eigenthümliche dem Gemeinschaftlichen, Allgemeinen nachzusetzen. Denn trotz der traurigen Sonderpolitik, welche wir hier und da so sehr zu beklagen haben, lebt diese ideale Sehnsucht im Grunde doch im Herzen aller Parteien, und nur über den Weg, auf welchem die Einheit zu erreichen steht, sind die Meinungen verschieden. Da gegen der Kaiserstaat erscheint als ein altes, festgeschlossenes Ganze, als ein großes Dach, welches durch Jahrhunderte seine vielen Völker vereinigt hat. Und gerade bei diesen Völkern ist umgekehrt die leidenschaftliche Sehnsucht sich abzulösen von dem Ganzen, gerade unter ihnen machen sich die Sonderinteressen am lebhaftesten geltend, ihre örtlichen Eigenthümlichkeiten über den großen Bau zu erheben und sich feindlich eines von dem anderen in eine Sonderstellung zu versetzen. — Im Bundesstaate ist es der Drang der Völker, welcher gegen die Interessen der Souveräne diese zur Einheit zwingt, in Oesterreich ist es hingegen der Souverän, welcher die

feindlichen Völker mit gepanzerter Faust zusammenhält; im Bundesstaate steht kein Thronstuhl, von welchem Farbe und Namen ausgeht für die neue Vereinigung; in Oesterreich ist es der Adler der Habsburgischen Familie, welcher die Wappenzeichen der einzelnen Stämme mit seinen Fängen zerbrochen hat. Im Bundesstaate lebt die Einheit der Sprache und Nationalität, welche jetzt einen demokratischen Staat durch das Band einer freien Genossenschaft zusammenfügt, im Kaiserstaate existiren wenigstens acht verschiedene Sprachen, deren Völker einander nicht verstehen und durch ein achtzünziges Gesetzbuch zu einer absoluten Monarchie verbunden werden; im Bundesstaate sind vier verschiedene Stromgebiete (Rhein, Weser, Elbe, Oder) und zwei Meere (Nord-[eigentl. West-] und Ostsee) und viele Eisenbahnsysteme mit sehr verschiedenen Knotenpunkten für die materiellen Interessen, in Oesterreich nur ein weites Stromgebiet, das der Donau, ein Meerbusen, der des mittelländischen Meeres, und ein Eisenbahnsystem, das von dem Knotenpunkte Wien aus in drei Linien auseinander läuft, von denen wieder zwei, die italienische und die ungarische, die Grenzen des Staats nicht erreichen. Im Bundesstaate finden sich überall offene Grenzen, nach allen Seiten Verbindungen mit der Ferne und ein Streben in's Weite hinaus, im Kaiserstaate außer zwei stiefmütterlich behandelten Vorländern, Galizien (Galizisch u. Wladimir) und Italien (Lombard-Venetien), das Uebrige fest in sich zusammengeballt und durch Gebirge oder militärisch besetzte Ströme von den Nachbarländern geschieden. Der Bundesstaat endlich seiner Bildung nach entschieden protestantisch, der Kaiserstaat ebenso streng katholisch; im ersteren freie Verwerthung des vielgetheilten Grund und Bodens, im letzteren ein starkes Vorwiegen des befestigten großen Grundbesitzes. So groß ist der Gegensatz zwischen den beiden staatlichen Crystallisationen, welche dem Jahre 1849 entweder ihren Ursprung oder doch ihre Erneuerung verdanken, so daß sich ein größerer Unterschied kaum denken läßt. \*)

\*) Aus den Grenzboten, mit einigen Veränderungen, entlehnt. Red.

### Deutschland.

Frankfurt, 16. Febr. Von Seiten des österreichischen Cabinets ist eine Note nach Berlin gesandt worden, worin feierliche Verwahrung gegen das Erfurter Parlament und gegen alle Folgerungen aus dem Plane eines engeren Bundesstaates eingelegt wird, unter Hinweisung auf die Bundesverträge, welche eine einseitige, eigenmächtige Abänderung nicht zulassen. \*) — Die preussischen Mitglieder der Bundes-Central-Commission haben, wie verlautet, sich nunmehr dahin ausgesprochen, daß sie die Bundes-Central-Commission nicht als für

\*) Die größeren Zeitungen enthalten den vollständigen Wortlaut dieser längeren Note.

zur Verhandlung darüber berechtigt erachten, dem von dem österreichischen Cabinet gestellten Antrage zu entsprechen, daß sie nach Frankfurt einen Congress zur Verhandlung über die Vorschläge für Anbahnung eines Zoll- und Handels-Vereins zwischen Deutschland und Oesterreich berufen möge. (N. C.)

**Preußen.** Berlin, 20. Febr. Vorgestern hat Hr. v. Ufedom in der dänischen Friedens-Angelegenheit die Gegenvorlage der preussischen Regierung überreicht. Während die dänischen Vorschläge als den Kern der Unterhandlung eine vollständige und fortwährende Union (Vereinigung) Dänemarks mit Schleswig hinstellen, ist die Grundlage der preussischen Aufstellung die wirkliche Selbständigkeit dieses Herzogthums und die nur personelle Union mit Dänemark. Ein reales Verhältniß\*) zwischen beiden würde demnach allein bestehen in Bezug auf eine gemeinschaftliche Vertretung nach Außen. (N. Pr. 3.)

\*) Ein reales Verhältniß ist das, welches, im Gegensatz zu den persönlichen auf sachlichen Beziehungen beruht, so hier z. B. nicht, wie bisher in Schleswig, nur eine Trennung in Bezug auf Aemterpflege, sondern in allen Hauptstücken, wie Landesverwaltung, Geldwesen, Armee u. s. w., außer in Bezug f. eben.

Berlin, 20. Febr. Aus der Schweiz gehen von verschiedenen Seiten Nachrichten ein, welche auf eine friedliche Beilegung der schwebenden Differenzen hindeuten. (D. Ref.)

Berlin, 20. Febr. Die in der D. Ref. aus Koblenz enthaltene Mittheilung über die angeordnete Mobilmachung des 7. und 8. Armeecorps (s. Nr. 24 d. Ztg.) wird von diesem Blatte selbst jetzt für eine unbegründete erklärt. Es bestehe nach Versicherungen, die aus unmittelbarer Quelle fließen, gar nicht die Absicht einer solchen Mobilmachung. (Epz. 3.)

Berlin, 20. Febr. Wie aus guter Quelle verlautet, wird den Reichstagsabgeordneten in Erfurt bei ihrer ersten Zusammenkunft sofort eröffnet werden, daß sie die Revision der Reichsverfassung bis zum 26. Mai zu beendigen hätten, weil an diesem Tage der Termin des von den Kronen Preußen, Hannover und Sachsen abgeschlossenen Dreikönigsbündnisses ablaufe. Der Berliner Verwaltungsrath beabsichtigt daher, dem Erfurter Parlamente in Betreff der zu revidirenden Verfassung nur wenig Vorlagen zu machen.

Berlin, 21. Febr. Die erste Kammer nahm heute den Gesetzentwurf über das Versammlungsgesetz und Vereinigungsrecht zur Verhütung einer die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs nach kurzer Verhandlung im Allgem., wie in Betreff der einzelnen Bestimmungen, unverändert in der Form an, die das Gesetz in der II. Kammer erhalten hatte. (Ein Auszug aus den Verhandlungen in der nächsten Nummer.)

Auch der Gesetzentwurf über die Befreiungen von der Grundsteuer wurde nach kurzer Verhandlung von der I. Kammer nach dem Wortlaute des Vorschlages der dasselbe begutachtenden Commission der I. Kammer angenommen.

In der zweiten Kammer ward der Gesetzentwurf über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens re. nach den Vorschlägen der Commission ebenfalls angenommen; so auch der Entwurf über die unverzinsliche Staatsschuld.

Ferner ward auch der zur Deckung der außerordentl. Militär-Bedürfnisse für das Jahr 1850 verlangte außerordentliche Credit von 18 Millionen einstimmig bewilligt. Der Kriegsminister dankte im Namen der Armee, die das in sie gesetzte Vertrauen stets rechtfertigen werde. (Beifall.) Schließlich erledigte man noch den Finanzentwurf (Budget) des landwirthschaftlichen Ministeriums.

Posen, 19. Febr. Am Sonnabend fand die Verhandlung gegen den Rechtsanwalt und Notar Krauthofer = Krotowski vor dem Ehrenrathe der Rechtsanwälte des Appellationsgerichtsbezirks Posen statt. Das Präsidium führte der Landgerichtsrath von hier. Erst um Mitternacht erfolgte der Ausspruch des Ehrenraths, und zwar lautete derselbe auf Freisprechung von der Anklage. Wir vernahmen, daß von Seiten der Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Appellation an das Obergericht zu Berlin eingelegt werden wird. (B. N.)

Aus Schwaben. Stuttgart, 21. Febr. In mehreren Wahlämtern für die neue Kammer fielen mehr oder weniger Stimmen auf den König. So im Amte Ellingen 57, in Stuttgart 54, in Leonberg 59, in Marbach 50, in Weinsberg 68. Die Demokraten haben sich das langweilige Wahlgeschäft mit Mühen verflüßt. In Leonberg hat ein schlechter Spasmacher auch „Kosuth“ in Brackenheim ein noch schlechterer „Dem lieben Gott“ seine Stimme gegeben. In Reutlingen enthielt ein Wahl-

zeddel den Spruch: „Gott unser Glaube, Schnitzer unsere Liebe, Republik unsere Hoffnung.“ In Herrenberg war ein Zeddel sehr geistreich mit dem Bilde eines Esels verziert mit dem Spruch: „wie ein Flochinger Esel nach Erfurt geht“\*).

\*) Das ist erst der halbe Weg von Schwaben nach Erfurt in Sachsen, wo die rechte Eselswiese liegt, wo die Esel alle Jahre einmal großen Markt halten, aber nur der als wahrer Esel gilt, welcher zu spät und nach vierzig Jahren kommt.

**Baden.** Ueber die Verlegung unseres Militärs nach preuß. Provinzen verlautet seit langem nichts mehr. Unsere Regierung scheint zum mindesten nicht sehr damit zu eilen. Ueberhaupt ist die Abneigung gegen die preuß. Wirthschaft allgemein und beschränkt sich keineswegs auf die Demokraten. Es ergeben sich vielfach und nicht allein in den ehemals österreichischen Theilen des Badischen Oberlandes starke Sympathien für Oesterreich; natürlich, wer an Zahnweh leidet, will das Bauchweh, an dem er in dem Augenblicke nicht leidet, bei weitem erträglicher finden. Möge uns der Himmel von einem Erlösen und vor dem anderen bewahren. (Dresd. 3.)

Karlsruhe, 14. Febr. Dem Vernehmen nach hat der eidgenössische Bundesrath gedroht, falls die Entziehung des Staatsbürgerrechts gegen die badischen Flüchtlinge aufrecht erhalten werde, sämtlichen badischen Staatsangehörigen in der Schweiz das Niederlassungsrecht zu kündigen. Dadurch würden gegen 15,000 in der Schweiz ansässige Badener größtentheils erwerblos in ihre Heimath zurückkehren müssen. (D. 3.)

Karlsruhe, 18. Febr. So eben erfahre ich aus glaubwürdiger Quelle, daß in Straßburg eine große Menge Flüchtlinge aufgegriffen und in das Innere von Frankreich transportiert worden sind. — Die Gährung und Wühlerei im Elsaß ist nach obigen Nachrichten außerordentlich. — Die Wahlen zur constituirenden (verfassungsgebenden) Versammlung in Württemberg sollen noch rother ausfallen, als die vorigen; dagegen kann ich ihnen mit Bestimmtheit versichern, daß in Baden sämtliche Ersatzwahlen zur II. Kammer ganz im Sinne der jetzigen Regierung ausgefallen sind. (Epz. 3tg.)

Mannheim, 19. Febr. Gestern wurde hier eine große Anzahl von Waffenkisten, welche aus Belgien kommend, durch hiesige Expeditoren nach der Schweiz versendet werden sollten, mit Beschlag belegt. (S. M.)

**Kurhessen.** Cassel, 23. Febr. Das Ministerium ist entlassen. Neue Minister: Hassenpflug für das Innere; Gaißner für Krieg; Cometsch für Geldwesen; Baumbach für Aeußeres.

**Herzogth. sächf. Länder.** \*Aus Thüringen, 17. Febr. Die Herzogin von Orleans beabsichtigt schon im nächsten Monate mit ihren beiden Söhnen nach England zu gehen. Sie hat in der letzten Zeit besonders thätig mit ihrem Secretär bei verstofflosten Thieren gearbeitet, was man mit einer orleanistischen Schilderhebung in Frankreich in Verbindung gesetzt hat. Wahrscheinlich ist diese Vermuthung ebenso unbegründet, als das frühere Märchen von der Besetzung Rudolstadt's durch preussisches, aus Altenburg abziehendes Militär, woran kein wahres Wort gewesen ist. — Dasselbst ist der Regierungsrath Hönniger nun doch noch schließlich seines Amtes mit Gehaltsentziehung enthoben worden. In Hildburghausen ist den beiden Redactoren der „Volksleuchte“ der Proceß gemacht und einer derselben sofort verhaftet worden. Der Proceß wird vor dem Kreisgerichte in Hildburghausen geführt, da im Herzogth. Meiningen noch keine Schwurgerichte für politische Proceße eingeführt sind.

**Hohenzollern.** Die Ratifications- (Gültigkeits-) Urkunden wegen des Ueberganges der Hohenzollern'schen Fürstenthümer an Preußen sind ausgewechselt worden und ein preuß. Regierungspräsident (v. Spiegel) geht dahin ab, um Besitz zu ergreifen und die neue Verwaltung in Ordnung zu bringen.

### Oesterreichische Länder.

Wien, 13. Febr. Nach dem slav. „Abendbl.“ befinden sich in Prag auf dem Gradschin 9 Jesuiten, welche dort Messe lesen, darunter auch der Urheber der verächtigten Meißner Wundergeschichte. (D. 3.)

Die deutsche Wechselordnung ist nun für Oesterreich endgültig angenommen worden und tritt vom 1. Mai an in allen Kronländern in Wirksamkeit. (D. A. 3.)

Borarlberg, vom Febr. Noch immer weist das Beobachtungscorps in unserem Ländchen und in dem benachbarten Junitale und harret mit Ungeduld seiner endlichen Bestimmung; es dürfte wol keinem Zweifel unterliegen, daß dasselbe nicht zur Besetzung einiger Festungen in Süddeutschland bestimmt ist, sondern sein Zielpunkt sich viel weiter westlich bis an und in die Schweiz erstreckt, wenn es auch mit zum Nebenzweck hat,

durch sein bloßes Dasein jedem zu befürchtenden Ausbruch von Unruhen in Süddeutschland ein Ziel zu setzen. Dieses Corps dürfte eine Stärke von mehr als 35,000 Mann haben, wovon beiläufig die Hälfte in Vorarlberg, die andere Hälfte im Innthale bis Schwarz vertheilt ist. Böhmisches Truppen bilden den Hauptbestandtheil des Corps, allein auch zwei ungarische und ein italienisches Regiment befinden sich darunter. Commandant des Corps ist F.-M.-L. Legeditich, schon durch sein humanes, kräftiges und kluges Benehmen in Galizien sehr vortheilhaft bekannt.

Wien, 18. Febr. In Agram hat der Ban das Schwurgericht bei den Preßprozeß aufgehoben und an deren Stelle die bekannten Localgerichte aufgestellt, um über die Preßvergehen nach dem prov. Preßgesetze so lange zu richten, bis von ihm (dem Ban) diesfalls ein anderes Gesetz erlassen ist. (Lloyd.)

Wien, 20. Febr. Die Agramer Zeitung bringt heute eine bemerkenswerthe Correspondenz von der bosnischen Grenze, worin die bosnische Insurrection als in bedenklicher Weise steigend dargestellt wird. (D. C.)

### Frankreich.

Paris, 15. Febr. In ihrer gestrigen Sitzung setzte die Nationalversammlung die Verathung des Unterrichtsgesetzes fort. Glandin, gemäßigter Republikaner von der Partei Cavaignac's, klagte dasselbe an, die Universität von Frankreich vernichten und den Unterricht den Händen der Geistlichkeit überliefern zu wollen, und verglich dasselbe mit dem Bilde des heil. Ignatius, das man unter der Restauration mitunter in den Häusern der Bauern über dem Bilde Napoleon's aufgeklebt gesehen habe. Der Unterrichtsminister dagegen erklärte, daß es nicht auf die Vernichtung der Universität, sondern nur auf Beschränkung ihres Unterrichtsmonopols abgesehen sei, und erwähnte dabei eine Aeußerung Napoleon's in Bezug auf die Universität, als er dieselbe gründete: „Ich will Jesuiten haben, nicht aber solche, die ihren Oberen in Rom haben, sondern die ihre Richtschnur nach dem Wohle des Landes nehmen!“ — Die wichtige Einrichtung der Departementsacademien, 86 für ganz Frankreich, die unter einem Rector und einem academischen Rathe (in welchem Geistliche verschiedener Confessionen sitzen sollen), dem der Minister nach Befinden noch einen oder mehrere Inspectoren beigegeben kann, ward hierauf ohne Widerspruch angenommen. (Epz. 3.)

\*) Am 18. Febr. Nach dem Ausschuss soll die Regierung die Unterrichts-Inspectoren unter drei vom obersten Unterrichtsrath Vorgesetzten wählen, was die Beaufsichtigung des Unterrichts mittelbar fast ganz der Geistlichkeit in die Hände liefern würde. Trotz einer entschiedenen Vertheidigung dieses Vorschlages durch Thiers, entscheidet sich die Versammlung gegen den Ausschuss und für den Unterrichtsminister mit nur geringer Mehrheit. Auch bei dieser ganzen Debatte handelte es sich wieder um Sein oder Nichtsein eines der wichtigsten Attribute der Centralgewalt. (Nat.-Z.)

Paris, 19. Febr. Die Demokraten haben von ihren Führern die Parole erhalten, das gegenwärtige Regierungssystem mit dem Namen „Kaiser Souleuvre“ zu bezeichnen, wie man unter Ludwig Philipp sagte: „Der Regierungsgedanke.“

Paris, 20. Febr. Die Socialisten scheinen auf ihrem Widerwillen gegen die Partei des National, der Verfassungsfreunde n. f. w. nicht zu beharren. In mehreren socialistischen Wahlversammlungen wurde die Verschmelzung aller Theile der Opposition als nothwendig dargestellt und mit Beifall angenommen. Die, welche entgegengesetzter Meinung waren, zogen sich sogar den Verdacht zu, Polizeispione zu sein. (Epz. 3.)

Paris, 21. Januar. Das Ministerium hat sich dem Anschein nach wieder mit Hr. Thiers und der von diesem abhängigen Majorität vertragen, obwohl Hr. Parrien, der Unheilsurheber, noch nach geschlossenem Frieden wieder zur unrechten Fährte umwenden wollte.

### Schweiz.

Der Schweizer Bundesrath erklärt amtlich alle Noten, Drohungen, und Einmischung von Seiten fremder Mächte in die Schweizer Angelegenheit, solle es nun mittelbar oder unmittelbar geschehen sein, für unwahr und unbegründet (!). Der Bundesrath werde allezeit die Würde, Selbstständigkeit und Ehre des Schweizervolkes zu wahren wissen u. c. — Die französischen Garnisonen von Neubreisach, Colmar, Müllhausen rücken an die Schweizer Grenze oder sammeln sich in einem Lager bei Dijon im vormaligen Burgund.

Paris, 14. Febr. Der „Constitutionnel“ läßt sich unter dem 11. Febr. von der Grenze schreiben: „Die neuesten Nachrichten aus der Schweiz sind weniger gut, als die vorhergehenden. Es herrscht eine große Aufregung in den Cantonen Genf und Waadt, besonders in der Gegend von Lausanne und Yverdon (Efferten). Die gemäßigte Partei, die sich zu Bern beruhigt hatte, fürchtet von Neuem eine Erhebung gegen sich.

Die Schweizer Radicale hoffen auf eine Bewegung zu Paris, Lyon und Straßburg, und hatten vor, die übrige mit der in Frankreich zusammen zu bewerkstelligen. Sonntag den 17. soll zu Genf ein großes Bankett zu Ehren der Schleifung der Festungswerke stattfinden, die in Genf als der Triumph der Demokratie betrachtet wird. (Epz. 3tg.)

### Griechenland.

Die Mittheilungen aus Athen reichen bis zum 7. Febr. Schon hatten die engl. „Seeräuber“ — man kann sie kaum anders nennen — gegen 200 griech. Fahrzeuge im Hafen von Salamis zusammengeschleppt. Dieses Loos hatte alle Schiffe getroffen, welche von den Inseln oder von weiten Reisen kamen, selbst alle, welche ruhig in den griech. Buchten gelegen waren. Nur die Fahrzeuge und Barken, welche sich dazu verstanden, die englische Flagge aufzuziehen, wurden freigegeben. Man ging noch weiter. Die englischen Offiziere, Matrosen und Agenten sprachen da, wo sie mit der griechischen Schiffs- oder Landbevölkerung in Berührung kamen, ihnen offen zu: sie sollten sich für England erklären, wenn auch nur mit hundert Unterschriften eine Bittschrift um britischen Schutz an die Königin Victoria richten, die allein könne sie vor Rußland schützen; ihr König Otto, arm und machtlos, helfe ihnen zu nichts und habe ihnen nie zu etwas geholfen. Alle diese Vorstellungen, von Leuten vorgebracht, welche Geld genug hatten, ihren Worten angenehmen Klang zu verschaffen, hatten bis dahin nirgends gefruchtet. Selbst in Patras, sonst dem Sitze der britischen Sympathie, hatte man jenen meuterischen Einflüsterungen das Ohr verschlossen und den englischen Seefeldaten und Matrosen nicht erlaubt, in größerer Anzahl, als je zu fünf, das Land zu betreten. Und doch müßte das bloß vom Handel lebende kleine Land, dem man mit Einem Schläge alle Hilfsquellen abschneidet, in Verzweiflung gerathen, wenn das nur noch wenige Wochen so fortginge. Zudem hatte die Natur sich mit der britischen Grausamkeit vereinigt, und alle Häfen und Thäler mit Schnee bedeckt. Bis dahin war die Ausdauer der Griechen, ihre Anhänglichkeit für den König und ihre einheimische Regierung ungebrochen geblieben; nirgends hatte ein Aufruhr, nirgends auch nur eine feindliche Kundgebung stattgefunden. Aber wie lange wird, kann das anhalten? Es liegen Berichte (über Malta) aus Marseille (vom 12. Februar) vor, wonach neue Seekräfte nach den griechischen Gewässern beordert waren. Im Ganzen hatte Admiral Parker dahin nicht weniger aufgeboten, als 7 Linienfahrzeuge (worunter 3 Dreidecker) mit 686 Kanonen und 5790 Soldaten, dann 7 Kriegsdampfer mit 1224 Mann. So lange die Briten das Land an allen seinen Uferarmen besetzt halten, braucht man die zwei Rattenester (griech. Inseln), welche die Engländer in Besitz genommen, nicht besonders aufzuführen, daß sie sie aber behalten, so sicher als Helgoland, dafür bürgt die Lage jener Eilande, welche die Schlüssel zum südlichen Festlande des Peloponnes bilden. Noch mehr: England fordert auch Drea — eine der Schinaden — den Brückenkopf von Aetolien, den Beherrschungspunkt des korinthischen Golfs, der Achelous-Mündung und der Bucht von Missolonghi. Die Kette wäre also um das Land gespannt, auch wenn England nicht vorzieht, schon jetzt seinen Fuß auf das griechische Festland zu setzen. Wie es damit gehalten wird, hängt vor allem von Rußlands Entscheidung ab, denn Oesterreich hat keine Seemacht, und Frankreich ist zu Hause von widersprechenden Interessen gekreuzt, gelähmt, schwachmatt. (N. N. 3tg.)

Wien, 15. Febr. Die Nachrichten, welche der Lloyd-Dampfer „Germania“ am 13. d. nach Triest gebracht, sind im Wesentlichen folgende: Am Jahrestage der Ankunft des Königs Otto in Griechenland ward in der Kathedrale ein Tedenm gefeiert, welchem sämtliche Civil- und Militärbehörden bewohnten, auch die meisten Consuln waren zugegen. — Auf den ionischen Inseln äußert sich lebhafteste Theilnahme zu Gunsten der Griechen. Der „Independente di Corfu“ spricht sich rückhaltslos in diesem Sinne aus. — Die Erbitterung der Bewohner von Athen und anderen Hafenplätzen von Tag zu Tage größer, doch ist die Ruhe bis jetzt nirgends gestört worden. — Ueberhaupt konnte kein besseres Ereigniß kommen, um die seit her unversöhnlichen Parteien in der Liebe und Verehrung zum Monarchen zu vereinigen. — Die französische Flotte ankert unthätig in dem Kanale von Metelino (Mytilene), die englische zu Salamis\*).

\*) Mehrere von den Engländern genommene griechische Marineschiffe sind im Hafen von Corfu eingebracht worden. Auch der Hafen von Galaxidi im korinthischen Busen (auch v. Lepanto) ist von den Engländern blockirt und die dazugehörigen Schiffe mit Beschlag belegt worden. Nach den neuesten Nachrichten aus Paris vom 18. Febr. hätte Lord Palmerston Befehl erlassen, dem Gewaltverfahren der englischen Flotte Einhalt zu thun.

## B ü c h e r s c h a u.

**Die Geschichte England's seit dem Regierungsantritt Jacob II.** Von Thomas Babington Macaulay. Uebersetzt vom Prof. Dr. Bülau. Leipzig, Weigel, 1849. Band 1 und 2.

(S c h l u ß.)

Wollen wir, von diesem Beispiele angeleitet, unserer eigenen Geschichte seit der Restauration von 1815 ein wenig tiefer auf den Grund, so kann es uns unmöglich entgehen, daß in ihr, wie in England, sowohl der kirchliche, als der politische Katholicismus und Protestantismus mit einander um die Herrschaft ringen. Jener ist das göttliche Recht der Hierarchie und der Fürsten, ihre darauf gegründete absolute Autorität, ist der unterwürfige Glaube, der unbedingte Gehorsam, die alleinige Existenz und Vergeltung aus Gnade, und daraus entspringen die bekannten Hallerschen Staatsrechts-Theorien, welche die gesetzgebende, ausübende und richterliche Gewalt, ja sogar die Beherrschung des Denkens in die alleinige Hand des Regenten legen. Dieser, der Protestantismus, ist das göttliche Recht der Völker, der Menschheit, die Autorität der Vernunft, der Wahrheit, des der Natur und dem Geiste inwohnenden Gesetzes, und folglich das Selbstdenken, der freie, sittliche Gehorsam, das selbstthätige Schaffen der äußeren und inneren Wohlfahrt, und daher fordert er die thätige und empfangende Theilnahme Aller an der Gesellschaft, an ihrem Inhalte, an ihren Rechten, an ihrem Geschick. Mit welchem dieser beiden entgegengesetzten Principien es Jemand hält, das entscheidet über seinen religiösen, sittlichen und politischen Character und führt ihn eventuell entweder der Reaction oder der Revolution zu. Aber es giebt einen Punkt des Rückschritts und der Unterdrückung, zu dessen Ueberwältigung der Protestantismus alle seine Macht zusammenfassen müßte. Welche Verheerungen dann der ausgetretene, wild daher brausende Strom der Geschichte anrichten würde, das werden die zu verantworten haben, die seinen Lauf nicht weise und nachgebend zu regeln wußten, oder dies nicht wollten, sondern ihn statt dessen naturwidrig nur in enge und immer engere Dämme zwängten.

Wie jede Revolution wird auch die englische zunächst von den Parteien getragen, aber zuletzt von einer höheren Macht abgeschlossen, als irgend eine Partei ihrer Natur nach sein kann. Der Parteienkampf ist der Streit der Elemente und erst, wenn dieser vorüber, kann sich das neue organische Leben bilden, aber ohne jenen wäre auch dieses nicht möglich. Jede der in England's Revolutionen auftretenden Parteien hat in Bezug auf das Ganze und auf das endlich glückliche Resultat ihr Verdienst, aber jede hat auch ihre Fehler, denn jede ist einseitig und ausschließlich, in der Wahl der Mittel zu ihren Zwecken unbedenklich, gegen die andere feindselig und ungerichtet, und zu schonungslosem Gebrauch ihres Uebergewichts geneigt. Die Herrschaft einer einzigen Partei ist immer Terrorismus (Schrecken einflößende Herrschaft). Die Stellung der Parteien erleidet jedoch mancherlei Verschiebungen; die getrennten nähern, die feindlichen versöhnen, die streitenden verbünden sich, und die zweimalige Vereinigung der whigistischen und toryistischen Parteien im 17. Jahrhundert hat das eine Mal die erbliche Monarchie hergestellt und das andere Mal die verfassungsmäßige Freiheit gerettet.

Diese Erfahrung nöthigt uns, die Parteibildung als eine Nothwendigkeit anzuerkennen, selbst daran Theil zu nehmen und jeder Partei Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, aber sie lehrt uns auch, daß die Vorherrschaft irgend einer Partei etwas Verübergehendes sei und die verfassungsmäßige Freiheit erst dann definitiv (entschieden fest) gegründet werden könne, wenn die für sie strebenden und deswegen verwandten Parteien gemeinschaftliche Sache machen, um mit vereinten Kräften ihre unverbesserlichen Widersacher aus dem Felde zu schlagen. Herrscht mithin gegenwärtig bei uns die Reaction vor, so ist dies nur ein Zeichen, daß wir noch lange nicht am Ziele sind, daß die andere äußerste Partei wiederum aufkommen könne und wir nach dem völligen Sturze des monarchischen Absolutismus vielleicht die demokratische Schreckensherrschaft zu erdulden haben werden, bis die Centren durch fest geschlossene Einigung hinlängliche Kraft gewinnen, um eine große, befriedigende und bleibende Entscheidung herbeizuführen.

Die politischen Parteien haben ihre Spitze in den Parlamenten und diese sind in unruhigen Zeiten bei weitem mehr der Ausdruck der einander bekämpfenden oder gerade vorwiegenden Parteien, als der Volksgesamtheit. Deshalb ist auch die Politik der Stuart's unablässig darauf gerichtet, sich der Parlamente zu versichern oder zu entledigen. Zu diesem Zwecke werden keinerlei Mittel gescheut, und von den 15 Parlamenten, welche sie gehalten, wird

sogar das gehorsamste unter allen, das von 1687, zuerst verfaßt, sodann aufgelöst. Ein genügender Beweis, daß der Absolutismus überhaupt mit keinem Parlament, auch nicht mit dem loyalsten, zu regieren Lust und Geschick hat. Aus den hierher gehörigen That-sachen aber und ihrer Verkettung geht Zweierlei unwiderleglich hervor. Das Eine ist die unter allen Corruptionen (Verderbnissen) und Gewaltthätigkeiten unverwundliche Macht der einmal gegründeten Institution (Staats Einrichtung) einer Volksvertretung, und das Andere, der stetige, wenn gleich langsame Fortschritt des öffentlichen Geistes mitten durch das Tagesgewühl, durch das Geschrei der Parteien, durch ihre Niederlagen und Siege. Welche wechselnde Schicksale auch das englische Parlament gehabt hat, so hat sich doch in ihm die politische Freiheit emporgearbeitet und ausgebildet und namentlich ist es das lange Parlament gewesen, das, wie Macaulay sagt, gerechte Ansprüche auf Verehrung und Dankbarkeit Aller hat, die in irgend einem Theile der Welt die Segnungen constitutioneller Regierung genießen. Und welche Versuche auch gemacht worden sind, den öffentlichen Geist in England zu dämpfen und in andere Bahnen zu lenken, so hat er sich doch immer wieder erheben und sich in dem einen Gedanken des erblichen Königthums und dessen Regierung nach den Grundgesetzen des Reichs mit den Parlamenten zusammengefaßt.

Ein ähnlicher centraler Gedanke lebt und wächst seit 35 Jahren auch in uns und unserem Volke. Er heißt: Reichsstände, und seiner Verwirklichung sind wir durch die Städteordnung, die Provinzial-Landtage, den Vereinigten Landtag, die National-Versammlung bis zu den jetzigen beiden Kammern zugeschlitten. Dieser Gedanke wird uns nie wieder verlassen, und was auch geschehe, ihn und seine Triebe abzutöden, oder zu verstümmeln, er wird dennoch zu seinem vollen Rechte kommen, denn die Regierung ohne Volksvertretung wird auf die Dauer niemals wieder möglich sein. Die öffentliche Meinung mag so oder so sich ändern, da und dorthin schwanken, die Idee des Repräsentativ-Staates und der parlamentarischen Regierung ist ihr von nun an für ewige Zeiten eingepflanzt.

Die Aufgabe der Volksvertretung ist die Gründung, Vertiefung und Ausbildung der Verfassung, und ihr haben die englischen Parlamente entsprochen. Das Staatsgrundgesetz England's ist aber von ihnen nicht systematisch gemacht, es ist gewachsen, aus einzelnen Rechten und Freiheiten und in langen Zeiträumen. Von der Magna Charta bis zur Petition of rights vergingen 413, von dieser bis zur Habeas-Corpus-Acte, diesem „bindendsten Baun, den jemals Gesetzgebung der Tyrannei aufgelegt hat“, 51, und von dieser bis zur Declaration of rights 10 Jahre. In der letzten Zeit sind nur die alten Rechte und Freiheiten England's, an der Zahl wenige, aber von gewaltigem Gewicht, zusammengestellt, und auf diesen tief eingesenkten Grundsteinen ruht der ganze ungeheure Bau des englischen Staates. Sie zu retten war das Ziel der englischen Revolution und darum ist sie wesentlich erhaltend gewesen und hat England im 19. Jahrhundert keine zerstörende gehabt. Weil wir, sagt Macaulay, inmitten der Knechtschaft Freiheit hatten, haben wir Ordnung inmitten der Anarchie. Für das Ansehen des Gesetzes, für die Sicherheit des Eigenthums, für den Frieden unserer Straßen, für das Glück unserer Herde, gebührt unser Dank nächst Ihm, der nach seinem Wohlgefallen Nationen erhebt und niederstürzt, dem langen Parlaamente, der Conventien und Wilhelm v. Dranien.

Wir dagegen sollen und wollen Staatsverfassungen über Sommer bauen, wie die Gewerke in großen Städten thurmhohe Häuser, und es darf uns daher nicht wundern, wenn im nächsten Jahre zusammenbricht, was im vorhergegangenen eilends aufgeführt worden ist, und das Werk öfters wieder von vorn angefangen werden muß. Eben dabei aber wird es Jedermann immer einleuchtender werden, daß in den oben angeführten einfachen Grundsätzen die ganze politische Freiheit hängt, wie das Gesetz und die Propheten in den zwei Worten: Liebe Gott und den Nächsten, und daß sie Einer nach dem Andern erstritten und organisch durchgeführt werden müssen, ehe sie die Bürgschaften der Freiheit oder vielmehr diese selbst sein und ihre Segnungen verbreiten können. Wir haben sie und haben sie auch nicht. Aber wir werden sie vollgültig und wirksam haben, wenn die königlichen Märzverheißungen zur rechtskräftigen Wahrheit geworden sein werden. Und daß sie dies endlich doch werden, wird keine erbliche Pärte, keine Sternkammer oder Hebe-Commission, keine Beschränkung der Presse und des Vereinsrechtes, kein Treubund und kein Veteranenthum, keine Orthodoxie und katholifirende Romantik, keine Cabinets-Politik und Diplomatie zu verhindern vermögen, denn der Gott, welcher über und in der Geschichte waltet, hat die Völker zur Freiheit, nicht zur Knechtschaft berufen, und vergeblich ist es, wider ihn zu streiten.

G d t.

\*) (Ein oberster Gerichtshof über Hochverrath.)

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

**Die monatliche Pränumeration auf diese Zeitung beträgt für Görlich und Umgegend 3 Sgr.**

## Aus der Briefmappe.

Der Vesuv hat seit der ersten Woche des Februars das schönste Feuerwerk abgebrannt, welches das jetztlebende Geschlecht in Neapel je zu sehen bekommen, — fast so als ob die Mutter Erde einen Jahannistag habe feiern wollen. Ob sie schon diesmal ihren Jahannistag erreicht habe, ob alles unterirdische Salz in Niedersachsen, Baden und Württemberg, Polen und Rußland, im Stande wäre das Feuer des Vesuv resp. im Innern der Erde zu erstickern und somit die höllischen Geister zu bezwingen? — nun das käme eben auf einen kleinen Versuch an! — Fast unter allen Zeitungen zuerst brachte die „Neue Oder-Zeitung“ folgende Mittheilung aus Neapel vom 9. Febr. — Der Vesuv ist seit gestern Abend in vollen Flammen und Ausbruch folgt auf Ausbruch mit so gewaltigem Toben, daß man glauben sollte, zwei Heere unserer beiden extremsten Parteien feuerten auf einander mit aller Gewalt vieler Tausende von Geschützen. Das Schauspiel ist von fürchterlicher Pracht und läßt unsere Bevölkerung alle politischen Vorgänge bei uns und in Sicilien vergessen. — Die vollständigen Meldungen hat jedoch die Berliner „Constitutionelle Zeitung“ in fortgesetzten Correspondenzen aus Neapel.

Vom 9. Febr. Tausende von Schaulustigen stehen seit zwei Tagen an den Fenstern und auf den Straßen, wo man den Vesuv sehen kann, oder ziehen nach Torre del Greco hinaus, um das großartige Schauspiel näher zu betrachten. Gleichzeitig mit dem alten Crater auf der Spitze des Berges öffnete sich auf der Nordseite ein neuer in das Becken, welches den Vesuv von der Somma (Spitze) trennt und ergieß seinen verderbenschwangeren Glutstrom auf die Orte und Landschaften seiner Rückseite. Hier bringt jede Minute neue Zerstörungen und neuen Jammer. Am meisten hat bisher das von 8000 Menschen bewohnte Dorf Ottajano gelitten. Der Ausbruch ist noch im Zunehmen, und die Explosionen schleudern glühende Massen in ungeheure Höhe und verursachen einen selbst hier in Neapel in geschlossenen Zimmern vernehmbaren Donner, und die ganze Nacht und den heutigen Tag so anhaltend, als ob man sich in der Nähe einer furchtbaren Schlacht befände. Selbst am Tage, wenn die Sonne durch die ausströmenden Rauchsäulen, die sich am ganzen Horizonte hinziehen, verdunkelt ist, sieht man die Feuerfäule sich aus dem Crater hoch in die Luft erheben. In der Nacht ist das Schauspiel schrecklich schön; der ganze Dstimmeln steht in Feuer und ungeheure Feuergarben folgen schnell auf einander aus der Spitze des Craters, diesen im Zurückfallen mit ihrer Gluthmasse bedeckend. Man kann sich die Angst, den Schrecken und den Jammer der Anwohner des Berges vorstellen. (Fortf. f.)

## Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 22. Februar 1850.

Der Schönfärber Pallmann erhielt das Bürgerrecht. — Dem Buchhändler Joh. Gottlieb Schulze wurde zu seinem 50jährigen Bürger-Jubiläum das übliche Ehrengeschenk mit 10 Thlr. bewilligt. — Dem Tischbecker Christmann wurde mit Rücksicht auf seinen Brandschaden eine zweijährige Abgaben-Befreiung zugestanden. — Die 24 Nachtwächter erhielten auch für dieses Jahr jeder ein Paar Stiefeln als Extra-Zulage. — Die Anstellung der Klage gegen drei säumige Zahler von Pachtgeld und Holzkaufgeld wurde genehmigt. — Der Antrag, als Entschädigung für geringe Qualität des erhaltenen Deputat-Stockholzes dem Pächter Büchner in Penzig noch 15 Klaftern Stockholz gegen Erlegung des Roderlehnens zu verabsorgen, erhielt Zustimmung. — Die Pächter der Acker des Stadtgartens No. 844. baten um etwas altes Holz zur Ueberbrückung des Schaufseegrabens, was ihnen bewilligt wurde. — Der Registratur-Assistent Welsch erhielt in seiner Eigenschaft als Waffenmeister für Instandhaltung der Communal-Waffen eine jährliche Remuneration von 15 Thlr. — Nachbewilligt wurden für 1849: 536 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. Mehr-Ausgaben für Diäten, Fuhrkosten und Büro-Verdünisse. — Einem Abkommen mit Herrn Werkmeister, wonach derselbe die Reinigung und Beheizung der Schuststaben im Nicolaus-Schulgebäude a 7½ Thlr. jährlich pro Local übernimmt, wurde auf die Dauer eines Jahres beigetreten. — Mit der Versicherung der theils auf dem Holzhofe, theils auf den 4 Brettmühlen lagernden Brett-Vorräthe nach Höhe von 4600 Thlr. gegen Feuergefahr war Versammlung einverstanden.

Zwar wurden dem Holzvoigt Beyer, dermalen auf dem Henschel'schen Holzhofe angestellt, 15 Thlr. Entschädigung für einige

Monate Interimistilum bewilligt, allein der Antrag, ihm für die Folge den festgesetzten Gehalt von 230 Thlr. nebst freier Wohnung und freiem Holz auf 250 Thlr. zu erhöhen, entschieden abgelehnt, in Betracht, daß für derartige Leistungen der genannte Gehalt mehr als ausreichend erachtet wird, und in Folge dessen zugleich beschloffen, denselben für diesen Posten überhaupt nicht als normalmäßig zu betrachten.

Ueber die Frage, ob nur den Abnehmern großer Quantitäten Dorf die Beziehung in Kasten gestellt sein soll, oder ob auch Käufer einzelner Klaster sich gleichen Vorzugs erfreuen sollen, entspann sich eine lange, leider fruchtlose Debatte, welche mit Ernennung einer Deputation Behufs nochmaliger Prüfung dieses Gegenstandes endigte.

Von der Steuerbehörde war eine Mittheilung eingegangen, des Inhalts, daß zur Expedition auf dem Pachthof zwei Beamte bestimmt wären, und vom Staat salarirt würden, daß aber die Forderung gestellt werden müsse, diesen Beamten Wohnungen in der Nähe des Pachtbros gegen eine Miethsensschädigung, 5 pCt. von deren Gehalt betragend, zu beschaffen. Es wurde hierauf beschloffen, den Magistrat um Vorlage des Kostenpunktes zu ersuchen, falls es nicht für vortheilhafter gehalten werde, zur Ersparring von Bankosten, die Beamten in der Nähe einzumietthen und den Mehrbetrag der Miete zu übernehmen. — Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, wie man vermuthet, daß Seitens der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn die Züge bis Kohnsurt übernommen werden würden, was für die Stadt von entschiedenem Nachtheil wäre; der Magistrat wurde um baldigste nähere Auskunft hierüber gebeten. Dagegen wurde gern vernommen, daß die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn durch Erkenntniß des Appellationsgerichts mit ihren Ansprüchen auf Ersatz der von ihr bewerkstelligten Pflasterung der Jacobsstraße abgewiesen worden sei.

Die vorgelegten Submissionen der Huf- und Nagelschmiede in Betreff der für das Damant zu liefernden Eisenwaren wurden den Mindestfordernden zugeschlagen, ebgleich die geforderten Preise theilweise etwas höher als voriges Jahr waren.

Hinsichtlich der zum Wohngebäude auf dem großen Holzhofe erforderlichen Zimmerarbeiten waren mehrere Submissionen eingegangen; die niedrigste Submission wurde jedoch wegen Unregelmäßigkeit zurückgewiesen, und auf die nächstniedrigste Forderung des Zimmermeisters Bende im Betrage von 235 Thlr. einzugehen beschloffen.

Daß diejenigen Grundbesitzer der Vorstädte, welche vor einiger Zeit in den mit Garnisen = Cinquantierung zu belegenden Bezirk gezogen worden waren, für diese neue ihnen auferlegte Last keine Entschädigung oder Erleichterung erhalten sollten, wurde der Versammlung vom Magistrat mitgetheilt, und hierbei beantragt, eine neue Deputation zu ernennen, um den Betrag des den neu erbauten, bisher noch abgabenfreien Häusern aufzuerlegenden Geschoßes und Servis zu ermitteln. Es wurden die schon früher hierzu erwählten Deputirten bestätigt.

Die zur Prüfung und Begutachtung des neuen Stats pro 1850 ernannte Deputation erstattete ihren Bericht, und wurde demselben vollständig beigetreten.

Der von einem Mitgliede der Bau-Deputation unlängst gestellte und von der Versammlung genehmigte Antrag, die hier gefertigten letzten 2 Pörrys vor gänzlicher Entlassung der Entrepreneurs von ihrer desfallsigen Verbindlichkeit noch durch eine Commission von Sachverständigen untersuchen zu lassen, hatte einen Angriff des einen Entrepreneurs, welcher zugleich Stadtverordneter, gegen die Versammlung in No. 20. des Görlitzer Anzeigers zur Folge gehabt; es wurde diese Angelegenheit lebhaft erörtert, und in Betracht, daß ohne den Contract noch die Person zu verlegen, die Stadtverordneten wohl berechtigt und selbst verpflichtet sind, alle für den öffentlichen Gebrauch bestimmten Anschaffungen zu prüfen, nicht nur der frühere Beschluß aufrecht erhalten, sondern auch beschloffen, im Protocol das Bedauern der Versammlung darüber auszudrücken, daß sich eines ihrer Mitglieder in öffentlichen Blättern Angriffe gegen sie erlaubt habe.

Dem Antrag des Magistrats gemäß wurden mehrere Deputirte erwählt, um in gemeinschaftlicher Deputation mit dem Magistrat über einen vorgelegten Plan zur Centralisation der Hospotal-Verwaltung zu berathen, welcher vom Oberbürgermeister mit außerordentlicher Sorgfalt ausgearbeitet worden, den Ursprung der verschiedenen Hospitäler, die gesammte Vergangenheit, die gegenwärtige Lage derselben, so wie deren mögliche Zukunft umfaßt, und sich höchst ausführlich in jeder Hinsicht verbreitend, den Entwurf zu einer so wünschenswerthen als zweckgemäßen totalen Umgestaltung des ganzen Hospotalwesens enthält. — Es ist dies ein Gegenstand der entschiedensten Wichtigkeit, und die baldigste Ausführung um so mehr zu erwünschen, als nur allzubekannt ist, wieviel mit den bedeutenden, diesen Instituten zu

Gebote stehenden Mitteln geleistet werden könnte, und wie ungenügend die jetzigen Resultate beschaffen sind.

Schließlich wurde noch der Wunsch ausgesprochen, die vom Oberbürgermeister Jochmann bei der Einführung der neuernannten drei Herren Stadträte gehaltene Rede durch den Druck von 150 Exemplaren zur weiteren Verbreitung gelangen zu lassen.

## A s s i s e n.

Sitzung vom 25. Februar 1850.

Präsident des Gerichtshofs: Kreisgerichts-Director König.

Richter: Paul, Winterfeldt, zur Hellen, Kreisgerichtsräte;

Richtsteig, D.O.-Assessor.

Staatsanwalt: Hoffmann.

Gerihtschreiber: Ref. Hoffmann.

Der Präsident des Gerichtshofes eröffnet Vorm. 9 Uhr die erste diesjährige Assisenperiode durch eine einleitende Rede, über die hohe Bedeutung der Schwurgerichte im constitutionellen Staate, so wie über die Pflichten der Geschworenen, indem er zugleich bekannt machte, daß es den Letzteren durch ein Ministerial-Rescript vom 25. Januar d. J. freigestellt sei, bei Ableistung ihres Geschworeneneides außer den in der Verordnung vom 3. Januar 1849 vorgeschriebenen Eidesworten sich auch ihrer besonderen confessionellen Eidesformeln zu bedienen.

Hierauf erfolgt die Bildung des Schwurgerichts für den ersten Fall, für welchen von den anwesenden 33 Geschworenen folgende 12 unter Zustimmung der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung gewählt werden:

- 1) Papierfabrikant Dtt aus Wingendorf, 2) Geh. Ober-Justizrath Starke von hier, 3) Gutsbesitzer Bachmann aus Nieder-Sora, 4) Gutsbesitzer Lucke aus Mückenhain, 5) Rittmeister Geißler aus Markersdorf, 6) Gerichtsholz Ueber-schar aus Gebhardsdorf, 7) Gutsbesitzer Lehmann aus Biesnig, 8) Gutsbesitzer Parchwitz aus Lodenau, 9) Kaufmann Gröhe von hier, 10) Gutsbesitzer v. Bode aus Nieder-Rudelsdorf, 11) Oberlehrer Fehner von hier, 12) Gerichtsholz Herschel aus Pfaffendorf.

Nach Vereidigung der 12 Geschworenen beginnt die Verhandlung der ersten Anklagesache. Auf der Bank der Angeklagten sitzt der Tagearbeiter Johann Carl August Tamm aus Friedersdorf, 33 Jahre alt, evangelisch, Landwehrmann 2. Aufgebots, noch nicht in Untersuchung gewesen. Da er sich keinen Verteidiger erwählt hat, so wird ihm als solcher vom Gerichtshofe der App.-Gerichts-Ref. Fritsch ex off. zugeordnet. Tamm ist wegen Majestäts-Beleidigung angeklagt. Er soll nämlich nach Inhalt der Anklageschrift am 4. De-

tober v. J. in der Bierstube „zum Schönhof“ hieselbst die Worte ausgestoßen haben: „Der König ist ein Hundeluder, ein Schweinhund“. Der Angeklagte bestreitet dies, und giebt an, er sei an jenem Tage ganz betrunken gewesen, so daß er gar nicht gewußt, was damals mit ihm vorgegangen, und sei erst am andern Morgen auf der Rathhauswache wieder zur Besinnung gekommen. Es erfolgt nun die Vernehmung der beiden Zeugen, 1) des städtischen Sicherheitsbeamten Weimann und 2) des Gemüschhändler Dpig von hier. Beide bekunden, daß der Angeklagte die angegebene Aeußerung in ihrer Gegenwart gethan, so wie, daß er allem Anscheine nach betrunken gewesen, jedoch nicht völlig, indem er dem zc. Weimann, der ihn in Folge jener Aeußerung arretirt habe, ganz ruhig, ohne sich von ihm führen zu lassen, nach der Rathhauswache gefolgt sei.

Nachdem hierauf der Zeuge Weimann vereidet worden — der Zeuge Dpig war es bereits in der Voruntersuchung — trägt die Staatsanwaltschaft darauf an, gegen den Angeklagten das „Schuldig“ auszusprechen.

Der Verteidiger motivirt hierauf seinen Antrag auf „Nicht-schuldig“, weil der Angeklagte nach den Aussagen der Zeugen betrunken gewesen, mithin sich in einem unzurechnungsfähigen Zustande befunden habe.

Der Präsident faßt hierauf das Resultat der Verhandlung zusammen und legt sodann mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und Verteidigung den Geschworenen folgende Fragen vor:

1) Ist der Angeklagte Tamm schuldig, am 4. Octbr. v. J. in der Bierstube zum Schönhofe hieselbst durch seine Worte: „der König ist ein Hundeluder, ein Schweinhund“, die Ehrfurcht gegen den König verletzt zu haben?

2) Hatte sich der Angeklagte durch Trunk in einen Zustand versetzt, in welchem das Vermögen frei zu handeln, eingeschränkt war? Die Geschworenen ziehen sich zur Verathung zurück und verkünden sodann nach einstündiger Verathung das Resultat derselben, indem sie beide Fragen mit „Ja“ beantworten.

Die Staatsanwaltschaft beantragt demnach, gegen den Angeklagten wegen Majestätsbeleidigung auf 2 Monate Gefängniß, Verlust der National-Keckarde und des Landwehrkreuzes, zu erkennen.

Der Gerichtshof tritt zur Verathung ab, und verkündet nach einstündiger Verathung das Urtheil, welches wegen Majestätsbeleidigung, auf 2 Monat Gefängniß, Verlust der National-Keckarde, Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, und Anferlegung der Untersuchungskosten, lautet, und zwar auf Grund der Verordnung vom 30. Juni 1849. und mit Rücksicht auf die durch Trunkenheit verminderte Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten.

Schluß der Sitzung Mittags 11½ Uhr.

## B e k a n n t m a c h u n g e n.

### [150] Bekanntmachung.

Nach einer Verfügung der Königl. Regierung zu Liegnitz sollen die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1827 und 1826, welche wegen Mindermaaß (unter 5 Fuß 2 Zoll) zurückgestellt worden sind, einer Nachrevision unterworfen werden. Es haben sich daher sämmtliche in der Commune befindliche, 1827 und 1826 geborene militärpflichtige Personen, welche wegen Mindermaaß nicht eingestellt worden sind, auf den 4. und 5. März c. in den Amtsstunden von 8 bis 12 Uhr auf hiesigem Polizei-Amte zur Eintragung in die Stammmrolle zu melden. Gegen die Säumnigen wird Gefängnißstrafe verhängen werden. Görlitz, den 25. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

### [149] Anlage einer neuen Seifensiederei.

Der Besitzer des Grundstücks No. 732a. allhier, Hr. Lemke, beabsichtigt, eine Seifensiederei auf demselben anzulegen. Gemäß §. 29. der Allg. Gewerbeordnung bringen wir dies zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen vier Wochen anzumelden. Görlitz, den 22. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

### [147] Bäckerei-Verkauf.

Mein zu Markersdorf gelegenes Haus mit gut eingerichteter Bäckerei, nebst Obst- und Grasgarten, ist zu verkaufen. Das Nähere ist zu erfahren bei dem Eigenthümer C. Selle, Bäcker daselbst.

### [151] Bekanntmachung.

Bei Meister Kettmann sen. sind billig zu haben: eine starke eiserne Thüre, eine neue Siedebank mit allem Zubehör, ein großes rundes Fenster, allerhand starke und schwache Ketten, Kopf- und Stand-Ketten, sehr gute Schuppen, sowie zwei neue Büchsen zur Jagd.

### [148] So eben erhielt ganz frisch und empfiehlt

geräuch. Rhein-Lachs,	Sardines à l'huile.
mar. Lachs,	
astr. fließ. Caviar,	Von Südfrüchten:
Hamburger Caviar,	Messinaer Citronen,
Hamburger Rauchfleisch,	desgl. Apfelsinen, dünnschällig
Elbinger Neunaugen,	und süß,
Weser-Neunaugen,	neue Datteln und
nord. Anchovis,	Smyrn. Tafelseigen

die Delicateffen- und Wein-Handlung  
von **M. F. Herden**,  
Obermarkt No. 24.

Bei **G. Heinze & Comp.**, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

### Wichtiges Werk über die preuß. Geschichte.

In Lieferungen à 5 gr. Jede Lieferung à 5 Bogen.

### Neuere und neueste preussische Geschichte.

Seit dem Tode Friedrichs II. bis auf unsere Tage.

Mit Benutzung vieler bisher ungedruckter Quellen und mündlicher Aufschlüsse berühmter Zeitgenossen

von  
**Dr. Fr. Förster.**